

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 570

Störende Neutrale.

Ausschlußreiche Erklärungen des französischen Blockadeministers.

P Zürich, 7. November. Der französische Blockademinister hat im „Matin“ zugegeben, daß die Aussichten, auf dem Blockadewege Deutschland zu „erwürgen“, der Wirklichkeit nicht entsprechen. Anstatt aber aus dieser Tatsache die einzige richtige Schlussfolgerung für die französische Politik zu ziehen, empfiehlt er ein schärferes Vorgehen gegenüber dem Handel der Neutralen. Um sein Zugeständnis, daß zwischen dem freundlichen Gesicht des Quai d'Orsay gegenüber den Neutralen und den politischen Bedürfnissen Frankreichs ein Widerspruch bestehe, zu bestätigen, tritt er dafür ein, daß die Versorgung Deutschlands aus den neutralen Ländern auf dem Schienenwege dadurch eingeschränkt werde, daß die Alliierten alle Produkte der Neutralen aufkaufen sollten. Zu seinem überflüssigen Vorschlag meint er naïv, die Neutralen würden von einer solchen Lösung sicherlich sehr befriedigt sein. Hierzu muß er sich jedoch selbst von der „Basler Nationalzeitung“ eines anderen belehren lassen. Der Blockademinister irrt sich erheblich, schreibt das Blatt, denn die wirtschaftlichen Beziehungen der Neutralen könnten nicht von heute auf morgen total umgestellt werden. Auch liege es im Interesse der Schweiz, Wirtschaftsbeziehungen für eine bessere Zeit durchzuhalten.

Wie zutreffend dieser Einwand des schweizerischen Blattes ist, das können die schweizerischen Handelsfirmen seit Kriegsbeginn täglich feststellen. Auf zahlreichen Gebieten der Rohstoff- und Warenversorgung der Schweiz ist Deutschland heute fast der einzige Lieferant. Wenn der französische Blockademinister sich bei den schweizerischen Firmen erkundigen wollte, dann müßte er bald hören, was man dort von der angeblichen Aushungerung der deutschen Wirtschaft durch die Blockade hält. Wahrscheinlich würde man ihm auch in schweizerischen Gewerkschaftskreisen zum Bewußtsein bringen, welche Auslandslieferungen und -bezüge den schweizerischen Arbeitern Beschäftigung und Verdienst geben.

18. Nov. 1939

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 269 -

Norwegen — Der wirtschaftliche Druck auf die Neutralen

— Ma. Erneut befaßt sich „Norges Handels og Sjøfartstidende“ mit den außerordentlichen Schädigungen, die der Krieg im allgemeinen und die britischen und französischen Kontrollmaßnahmen im besonderen in wirtschaftlicher Hinsicht den Neutralen zufügt. Ihre Staatsausgaben mehrten sich, die Steuern würden größer, Handelsverbindungen schwänden dahin, und der Verkehr schrumpfe zusammen. Alle Neutralen ständen vor den ernstesten finanziellen Fragen als Folge des Krieges, und nur zu leicht käme die Ansicht auf, daß sie alle diese Verluste tragen könnten, ohne jemals Ersatz dafür zu erhalten.

So habe die Schweiz fast ihren ganzen Reiseverkehr verloren, und ihre Eisenbahnen befänden sich in größten Schwierigkeiten. Die Hotelindustrie habe um ein Moratorium nachsuchen müssen; ähnliches gelte für die feinere Textilindustrie. Der Außenhandel sei zurückgegangen, die Ausfuhr um 50 %, die Einfuhr um 33 %. Die Mobilisierung von 500 000 Mann verschlinge ungeheure Kosten. Von dem Goldbestand von 2½ Mrd. sfrs. wären etwa ¾ im Auslande untergebracht, der Rest an geheimen Stellen in den Alpen verborgen. Aehnlich verschlechtere sich täglich die Lage in Belgien und den Niederlanden. Beide hätten durch ihre Mobilisierung von je 500 000 bis 600 000 Mann außerordentlich hohe Ausgaben. Der Hafenverkehr in Antwerpen und Rotterdam sei zusammengeschrunpft, die Hafeneinnahmen Antwerpens monatlich um etwa 8 Mill. bfrs. zurückgegangen. In Belgien seien von 130 000 Bergleuten 18 000 Mann eingezogen, und die tägliche Kohlenförderung eines Bergmannes betrage nur 760 kg gegen 1170 kg in Großbritannien und 1500 kg in Deutschland. In den Niederlanden seien weite Landesteile unter Wasser gesetzt, so daß die dort gelegenen Gemeinden auf lange Zeit hinaus geschädigt seien. Für alle Neutralen aber gelte, daß ihre Einfuhr sich teurer stelle, während ihre Ausfuhr zahlreichen Kriegsmaßnahmen unterworfen sei.

In Dänemark habe der Staat bereits der Landwirtschaft bedeutende Unterstützungen gewähren müssen. In der Ostsee versuche der schwedische und finnische Außenhandel z. T. neue Wege zu finden, die jedoch den Absatz nicht verbilligten.

Ob die Neutralen einen Ausgleich für die allgemeinen Preiserhöhungen finden, bleibe völlig ungewiß, gleichzeitig aber seien sie der Inflationsgefahr ausgesetzt, die ihre Währung zu untergraben drohe und alle erdenklichen Schädigungen ihrer Wirtschaft nach sich ziehen müsse. Die furchtbaren finanziellen und wirtschaftlichen Erfahrungen des Weltkrieges und der Nachkriegszeit tauchten erneut wieder auf, und zwängen alle, den Riemen fester zu ziehen. Es heiße oft, die Neutralen hätten am Weltkrieg verdient. Sicher aber sei, daß heute alle Neutralen gern auf ihre Kriegsgewinne verzichten würden. Der Stortingsabgeordnete Konow habe kürzlich mit Recht gesagt: „Was der Krieg gibt, das nimmt er wieder.“

Le Messenger d'Athènes

Nr. 5436

LE CONTROLE ALLIÉ DE LA CONTREBANDE DE GUERRE

Suivant une communication de source officielle, le contrôle allié de la Contrebande de guerre a intercepté et retenu jusqu'ici plus d'un demi-million de tonnes de marchandises soupçonnées d'être destinées à l'Allemagne. Les chiffres officiels publiés par les Français le 12 Octobre signalaient la saisie, jusqu'à cette date de 150.000 tonnes. Les chiffres britanniques pour la quinzaine allant du 14 au 28 Octobre indiquent que 63.000 tonnes ont été interceptées, ce qui porte à plus de 400.000 tonnes le total britannique pour les huit premières semaines de la guerre.

Les principales parmi les marchandises saisies au cours de la dernière quinzaine, sont : cuivre et minerais de cuivre 7.500 tonnes, zinc 3.200 ton., plomb 480 ton., phosphates 6.600 ton., huiles de graissage 11.000 ton., huiles et graisses 8.400 tonnes, graines oléagineuses 10.600 tonnes, blé 2.800 tonnes, café 3.800 ton., autres articles alimentaires 2.000 ton., fourrage 1.000 ton., coton 1.000 ton., laine 460 ton., fibres 1.200 ton., peaux brutes et ouvrées 1200 ton., matières tannantes 600 ton.

Les principaux articles retenus par le ministère de la Guerre Economique depuis le commencement de la guerre peuvent être classés par groupes, comme suit :

1) Engrais, graisses et fourrages 73.200 tonnes ; 2) Matières premières employées dans la fabrication des explosifs 9.700 ton., 3) Matériaux utilisés dans la fabrication de matériel de guerre 14.660 ton., 4) Combustibles : produits du pétrole 87.540 ton., ((dont 12 millions de gallons de benzine) ; 5) Matières premières utilisées dans la fabrication de canons, projectiles et plaques de cuirasse 121.710 tonnes ; 6) Autres matières premières utilisées dans l'industrie des armements 37.710 ton.

La majeure partie des articles saisis consiste en matériel immédiatement utilisable pour des buts militaires.

Londres, 18 (A.A.).— Le vapeur allemand «Gloria», portant une cargaison de blé, a été capturé par un bâtiment de guerre britannique et conduit dans un port écossais. L'équipage allemand a été interné.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 609

Ein Lockmittel für die Neutralen.

Die Ausfuhrblockade als „Chance“ beim Kampf um die Märkte.

* Brüssel, 28. November. Der französische Blockademinister Bernot hat sich gestern abend bemüht, in einer Erklärung vor Pressevertretern die Verordnung über die Ausfuhrblockade, die heute im amtlichen Geheißblatt der französischen Republik veröffentlicht wird, publizistisch vorzubereiten. Wie nach den bisherigen Ankündigungen nicht anders zu erwarten war, behauptete er, die englisch-französische Ausfuhrblockade, die jetzt in Kraft treten solle, sei nur eine „Vergeltungsmaßnahme“ für angebliche deutsche Verstöße gegen das geltende Seekriegsrecht; Deutschland lasse unter Verletzung des Völkerrechts Schiffe torpedieren und Minen auslegen, und dies gebe den alliierten Regierungen das Recht, gegen Deutschland entsprechende Maßnahmen anzuwenden. Bernot begnügte sich mit solchen Behauptungen, ohne auch nur ein Wort der Rechtfertigung gegen die deutschen Anklagen vorzubringen, die in jedem einzelnen Falle klargemacht haben, daß die Gegenseite, aber nicht Deutschland, gegen das Seekriegsrecht verstoßen hat. Natürlich war es Bernot darum zu tun, die Neutralen zu beschwichtigen. Für alle „wirklich neutralen Waren“, so behauptete er, werde auch weiterhin „volle Verkehrsfreiheit“ bestehen. Aber der Begriff der „wirklich neutralen Waren“ soll natürlich von der britischen und französischen Admiralität umschrieben werden, und wie wenig dabei dann übrigbleibt, wenn die Konterbandenlisten alle wichtigen Einfuhr- und Ausfuhr Güter umfassen, haben die neutralen Länder bereits zu ihrem Schmerze erfahren. Der französische Blockademinister ging auch gleich einen Schritt weiter in dem Bemühen, den neutralen Handel ganz unter englisch-französische Kontrolle zu bringen, indem er den neutralen Verladern empfahl, sich am Absendeort — natürlich von englischen und französischen Konsuln — ein Ursprungszeugnis für ihre Waren ausstellen zu lassen.

Welches weitere Ziel im Hintergrunde der ganzen Aktion steht, trat dann am Schluß der Bernotschen Erklärung zutage: Dant der Einschränkung des feindlichen Handels, so sagte er, würden die

Märkte, die von der deutschen Wirtschaft erobert worden seien, den Neutralen oder den alliierten Mächten zurückgegeben, die sich auf diese Weise ihrer Ausbeutung widmen könnten. Es ist also der private Wirtschaftskrieg in aller Form, der Kampf um die Märkte, dem die neue Blockademaßnahme dienen soll, ein höchst egoistisches, materielles Ziel, das mit dem Völkerrecht überhaupt nichts zu tun hat. Und wenn den Neutralen, offenbar als Lockmittel, geschäftliche Aussichten auf den Märkten gezeigt werden, von denen die deutsche Konkurrenz jetzt verdrängt werden soll, so werden die neutralen Kaufleute selbst den Wert einer solchen Verheißung richtig einschätzen müssen; wenn man auch jetzt in Paris und London erklärt, die eigene Industrie der Alliierten diene zunächst in der Hauptsache der Rüstung, so daß die Neutralen von der Verdrängung der deutschen Konkurrenz noch größere Vorteile hätten als die Alliierten, so weiß man nach den Erfahrungen des Weltkrieges, daß in Wirklichkeit die Alliierten selbst alle Vorteile wahrnehmen wollen, die sich hier zeigen, daß die Rücksicht auf die Neutralen beim Kampf um die Märkte für sie keine Rolle spielt. Denn daß die neutralen Länder in ihrem Handel behindert werden, mußte auch Bernot zugeben, er glaubte sie aber trösten zu können mit dem Bemerkten, diese Behinderung scheine „nur ein recht schwacher Beitrag zu der Verteidigung der Freiheit in der Welt zu sein, der die Alliierten täglich an Menschenleben und materiellen Kräften schwere Opfer brächten“. Auch die unwahrscheinliche ideologische Phrase mußte also schließlich noch dazu dienen, den eigentlichen Krieg um die Märkte zu verhüllen, auf den in Wirklichkeit die angebliche „Repressalie“ auch zum Schaden der neutralen Länder hinausläuft.

Aus London berichtet Havas, man vermute, daß — angeblich mit Rücksicht auf die Neutralen — die neuen Anordnungen über die Ausfuhrblockade gegen Deutschland erst nach einer mehrtägigen Frist in Kraft gesetzt würden. Dies scheint bis jetzt das einzige formale Zugeständnis zu sein, das die Alliierten den Neutralen zu machen bereit sind; wie sie sich in der Sache mit den neutralen Protesten gegen die Ausfuhrblockade auseinandersetzen wollen, darüber ist noch nichts bekannt geworden.

Signatur

St

g. d. h. v. I

Datum

5. Dez. 1939

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 283

Frankreich — Unsicherheit über die Handhabung der Ausfuhrblockade

— se. Brüssel — Die „Libre Belgique“ will aus guter Quelle erfahren, daß von den Alliierten in Abänderung des Ausfuhrblockadebeschlusses beabsichtigt sein soll, deutsche Ausfuhrware auf neutralen Schiffen evtl. nicht zu beanstanden, sofern diese Waren nicht mehr als 25 % der Gesamttonnage des betreffenden Schiffes ausmache.

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

Die Organisation der Blockade.
"Supplément au Bulletin Quotidien", Paris, Nr. 42/43.
vom 21. Februar 1940.

Von Jacques Maupas.

I. Die französische Doktrin. Am Eingang dieser Betrachtung muß zunächst eine Frage geklärt werden : die gesetzliche Zulässigkeit der Blockade. Ohne sich bei doktrinären Diskussionen aufzuhalten, muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die juristischen Fachschriftsteller, die über die Blockade geschrieben haben, unter Beweis stellten, daß die Blockade eine Notwendigkeit in der Kriegsführung darstellt. Der Handel der neutralen Staaten leidet allerdings hierunter. Er muß jedoch diesen Schaden tragen, weil die Blockade eine zu allen Zeiten ausgeübte unvermeidliche Kriegsmaßnahme bildet. Die Scheu vor der Blockade trifft die Neutralen gerade als eine Folge ihrer Neutralität. Bei Aufstellung international gültiger Gesetze hat man sich stets bemüht, die Ausübung der Blockade völkerrechtlich festzulegen. In den beiden Kriegen gegen Deutschland waren die Seemächte zu Beginn stets bestrebt, das Recht zu wahren. Repressalien sind jedesmal erst durch den Bruch des Seekriegsrechtes durch das Reich hervorgerufen.

Die französisch-britische Wirtschaftsblockade von 1939 hat unzweifelhaft ein militärisches Ziel.

Georges P e r n e t hat sich jüngst in gleichem Sinne vernehmen lassen.

"Nicht gegen Frauen und Kinder ist der Wirtschaftskrieg gerichtet, sondern gegen das deutsche Heer selbst. Ist es unmenschlich, zu verhindern, daß Eisen, Kupfer u. Stahl, aus denen Kanonen, Flugzeuge, Maschinengewehre u. Munition hergestellt werden, ins feindliche Gebiet gelangen ? Hegt doch der deutsche Führer die trügerische Hoffnung, mit diesen Waffen die Tapferkeit der französischen u. britischen Soldaten zu erschüttern !"

Der Minister hat gleichzeitig, um die Wirksamkeit der Blockade zu beweisen, gesagt :

"Im Jahre 1938 betrug die Einfuhr Deutschlands aus

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 2 -

Uebersch 32 % der Gesamteinfuhr. Hiervon entfielen 20 % auf die Länder, mit denen Deutschland heute im Kriege liegt. Die Blockade vermindert die Verproviantierungsmöglichkeiten des Feindes um die Hälfte."

Die Gesetzmäßigkeit des Prinzips, auf dem die Blockade beruht, ist also unbestreitbar. Welches sind nun aber die Durchführungsbestimmungen, wenigstens bezüglich Frankreichs ? Sie sind dargelegt in den Vorschriften vom 8. Mai 1934, die für die Kommandanten der Seestreitkräfte u. für isolierte Schiffe bestimmt sind, sie sind ferner festgelegt in den Vorschriften vom 30. August 1939 über die Anwendung des internationalen Kriegerechtes, die an die vom französischen Staat in den Häfen errichteten Marine-Behörden gerichtet waren u. in den Vorschriften vom 24. Dezember 1939 über die Verwaltung von aufgebrachten Prisen, die an die Stelle der Vorschriften vom 30. September treten.

Eine Prise kann gemacht werden entweder durch die französischen Seestreitkräfte (Verfügung vom 8. März 1934) oder durch die vom französischen Staat in den Häfen errichteten Marinebehörden.

Die aufgebrachten Prisen unterliegen einer besonderen Prozeßordnung.

Das Untersuchungsergebnis wird der Admiralität von der örtlichen Obersten Marinebehörde zugestellt. Die Admiralität übermittelt es, mit ihren Bemerkungen versehen, dem "Kontrollausschuß für Konterbande. Der Kontrollausschuß ist aus Mitgliedern des Ministeriums des Aeußeren, des Blockadeministeriums u. des Marineministeriums zusammengesetzt. Das Ministerium bestimmt den Präsidenten, der ein Vizeadmiral ist. Der Ausschuß ist für folgende Prozeßgegenstände zuständig: für die Ladungen der gekaperten Schiffe; für die Ladungen neutraler Schiffe, die wegen Führung von Konterbanden aufgebracht sind; für die Ladungen neutraler Schiffe, die von der Fahrtroute abgewichen sind u. für neutrale Schiffe, die in französische Gewässer eingelaufen sind u. deren Fall eine Entscheidung erfordert, für die Schiffe, die

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 3 -

vom feindlichen Schiffspark auf einen neutralen Schiffspark überführt worden sind; für die neutralen Schiffe, die sich vermätlich gegenseitiger Beistandhandlungen verdächtig gemacht haben. Die Befugnisse des Ausschusses sind seit dem 27. Nov., am dem Tage, an dem die Beschlagnahme der deutschen Ausfuhr Güter verfügt worden ist, beträchtlich erweitert worden. Der Ausschuss nennt sich seitdem "Kontrollausschuss für Konterbande u. feindliche Ausfuhr" (Comité de contrôle de la contrebande et des exportations ennemies). Er prüft in jedem Fall, ob Freigabe oder Uebergabe an den Prisenrat zu erfolgen hat. u. empfängt Mitteilungen von allen Auskunftstellen, die der Erfüllung seiner Obliegenheiten dienen können. Er kann jede Person verhören, deren Vernehmung ihm von Wert erscheint.

Die von dem Ausschuss gefällten Urteile werden der Admiralität zur Ausführung übermittelt. Wird die Beschlagnahme aufrechterhalten, so teilt die örtliche Prisenbehörde den Interessenten die Beschlagnahme durch 2 Anzeigen in den öffentlichen Handelsblättern des Hafens mit, in dem sie stattgefunden hat. Durch Vermittlung des Ministeriums des Aeußeren wird die erste Veröffentlichung zur Kenntnis der Botschaft oder Gesandtschaft gebracht, deren nationale Interessen nach den Bordpapieren durch die Beschlagnahme getroffen zu sein scheinen. Die Interessenten müssen ihre Forderung auf Freigabe innerhalb einer Frist von 30 Tagen einreichen, gerechnet vom Tage des Erscheinens der zweiten Veröffentlichung. Diese Beschwerdeeingaben, dem sämtliche Beweisstücke beizufügen sind, müssen an das Bäckakadeministerium (Konterbanden) gerichtet sein.

Das Aktenstück wird durch den Marineminister dem Prisengerichtshof zugestellt, der mit der Aburteilung der Sache betraut ist. Die Beteiligten haben die Berechtigung, Rechte u. Ansichten vor dem Gerichtshof zu vertreten; sie können dies durch Vermittlung eines beim Staatsgerichtshof zugelassenen Rechtsanwaltes oder, wenn sie Ausländer sind, durch

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 4 -

ihren Konsul tun.

Diese Einrichtung, deren Ursprung auf den Krimkrieg u. den italienischen Krieg zurückgeht, war schon während des Krieges von 1870 in Ausübung gewesen. Sie wurde im Jahre 1914 wieder eingerichtet u. ist durch das Dekret vom 30. September 1939 wieder erneuert worden, in dem die Mitglieder ernannt wurden. (Journal Officiel vom 4. Oktober 1939. Das Prozeßverfahren vor dem Prisengerichtshof ist durch den Anhang zur Geschäftsordnung vom 24. Dezember 1939 festgelegt worden. Journal Officiel vom 28. Dezember 1939.)

II. Die Kontrolle der Konterbanden oder der Einfuhr.

Wenn auch das Völkerrecht einem Kriegführenden immer das Recht¹⁾ zugebilligt hat, die Küste des ~~ENEMY~~ Gegners zu blockieren, d. h., jegliche Verbindung seiner Küsten u. Häfen mit dem offenen Meer zu unterbinden - um ihn so zur Kapitulation, wie bei einer Festung zu zwingen - so ist eine solche Blockade weder 1914 noch im Jahre 1939 gegen Deutschland durchgeführt worden. Um verbindlich zu sein, muß sie effektiv sein, d. h., sie muß mit einem ~~genügend~~ ^{genügend} starken Machtaufwand angewandt werden, um in der Tat jeglichen Zutritt zur Küste des Feindes zu untersagen. (Deklaration von Paris vom 16. April/1856 u. Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909.)

Die Alliierten konnten aber, da sie nicht Herren der Ostsee waren, z. B. niemals eine Verbindung der skandinavischen Staaten mit den Häfen des Reiches verhindern. Deshalb würde die Eröffnung einer offiziellen Blockade gegen einen Teil der deutschen Küste wegen militärischer Unmöglichkeiten scheitern u. nicht das gewünschte Resultat zur Folge haben.

Um den Handel Deutschlands zu unterbinden, sind die Alliierten daher gezwungen, auf den Begriff Konterbanden der Londoner Deklaration zurückzugreifen u. die Kontrolle der Konterbanden, d. h. der deutschen Einfuhr, zu organisieren. Diese Frage ist um so wichtiger, als vor dem Kriege der größte Teil der

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 5 -

der 63 Millionen t betragenden Einfuhr Deutschlands über den Antlik durch den Aermelkanal u. Pas-de-Calais nach den deutschen Nordseehäfen oder den Umschlagshäfen Rotterdam, Antwerpen u. Triest gelangte. Der zuletzt genannte Hafen versorgte die Länder der Ostgrenzen. Die deutsche Flotte allein konnte einen solchen Handelsverkehr zusammen mit der Ausfuhr nicht bewältigen. Die Häfen Hamburg, Bremen u. Emden an der Nordsee haben einen Gesamtverkehr von 25 000 000, 15 500 000 u. 8 000 000 t, während der Hafen von Stettin an der Ostsee 8 350 000 t erreicht.

Dieser Begriff Konterbanden läßt unsomehr Tinte fließen, als die neutralen Schiffe nicht nur dann vor den Prisengerichtshof gebracht werden können, wenn sie die Blockade zu durchbrechen trachten, sondern auch, wenn sie Frachten transportieren, die unter Konterbanden fallen oder der Durchsuchung Widerstand leisten. Um die Definition des Begriffes Konterbanden zu erleichtern, sei darauf verwiesen, daß er getrennt ist in die Bezeichnungen "Absolute Konterbanden", wenn es sich um Waren handelt, die ausschließlich der Kriegsverwendung dienen, wie Waffen u. Kriegsausrüstung u. "Bedingte Konterbanden", wenn es sich um Gegenstände handelt, die sowohl der Kriegs- als auch der Friedensverwendung dienen können, wie Lebensmittel, Bekleidung, Feuerungsmaterial.

Nach englischem Begriff hat die Unterscheidung zwischen absoluten u. bedingten Konterbanden nur historisches Interesse. Die Schwierigkeit, eine solche Unterscheidung zu treffen, erhellt aus der Tatsache, daß die Milch, die zur Kinderernährung bestimmt ist, auch zur Herstellung von Nitro-Glycerin dienen kann. In der Tat sind während des letzten Krieges große Mengen Milch, die von der Konterbandenkontrolle nicht angehalten waren - wie man in der Folgezeit erfahren hat - zur Anfertigung von Munition verwendet worden. Eine Verfügung des Ministers des Aeußeren von Groß-Britannien vom 15. April 1916 hatte die Unterscheidung zwischen absoluten u.

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 6 -

bedingten Konterbanden aufgehoben, weil die deutsche Regierung alle Artikel, die auf der Liste der bedingten Konterbanden standen, einem regierungsseitigen Nutzen dienstbar machte.

Der Begriff Konterbanden dehnte sich übrigens mit der Fortdauer des Krieges unaufhörlich aus, so daß am Ende des Weltkrieges praktisch kaum ein Artikel existierte, der nicht mit auf der Konterbandenliste stand.

Im Jahre 1939 hat sich für die Waren, die auf die Konterbandenlisten gesetzt wurden, derselbe Vorgang abgespielt. Um die Eintragungen zu bestreiten, hat man sich auf die Theorie berufen, nach der die neutralen Staaten das absolute Recht hätten, mit dem Feinde freien Handel zu treiben. Diese Theorie beruht auf einer Idee, die heute umstritten ist, schrieb Professor Jèze von der juristischen Fakultät in Paris in seiner Abhandlung über den Wirtschaftskrieg. (Ere Nouvelle, vom 29. Dezember 1939.)

Die Neutralität bedeutete für die Staatsangehörigen neutraler Staaten im Prinzip, daß diese ihre Handelsbeziehungen mit dem Feinde fortsetzen sollten, wie wenn es keinen Krieg gäbe : der Krieg gehe sie nichts an.

Diese Ansicht hat aufgehört, seit dem Tage ~~XXXXXXXX~~ unbestritten zu sein, an dem der Krieg seinen Charakter vollkommen verändert hat. In einem örtlichen Streit, in dem das Kampfbjekt zweifelsfrei bestimmt ist, in dem die Interessen der Kriegführenden allein die Ursache sind, ließ sich die alte Theorie von Neutralität sehr wohl rechtfertigen. Sie stimmte mit dem wesentlichen Charakter der Kriege überein, die Handelsinteressen der Neutralen u. die besonderen Interessen der Kriegführenden waren von gleicher Bedeutung.

Als zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts die wesentlichen Neutralitätsregeln für die Seekriegführung aufgestellt wurden, handelte es sich um Kriege zwischen Monarchen um ein wohl präzisiertes, besonderes Streitobjekt. Außerdem war der internationale

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 7 -

Handel wenig entwickelt, die Transportmittel standen am Anfang ihrer Entwicklung (Segelschiffahrt, kleine Tonnage), die Kriegsschiffe besaßen einen sehr beschränkten Aktionsradius.

Der Kriegsausgang hing nicht vom Handel der Neutralen ab. Es wurde kein Krieg gewonnen oder verloren wegen der Untersagung oder Aufrechterhaltung des Handels mit dem Feinde. Die Neutralen hatten also wohl begründete Interessen zu verteidigen. Die Kriegführenden hatten dem keine lebenswichtigen Interessen entgegenzusetzen.

Dies alles hat sich gänzlich geändert. In dem gegenwärtigen Kriege von 1939 würde es absurd sein, zu behaupten, die neutralen Staaten seien am Kampfe nicht beteiligt, der Ausgang der Feindseligkeiten habe wenig für die zu bedeuten. Es würde lächerlich sein, den pekuniären Nutzen der neutralen Kriegsfabrikanten u. Lieferanten mit den Lebensinteressen der Kriegführenden zu vergleichen. Die Neutralen wollen für sich den Gewinn, die Kriegführenden das Leben u. die Freiheit der ganzen Welt.

Der Krieg von 1939 ist von anderen Kriegen sehr verschieden. Er ist ein Wirtschaftskrieg. Die Wirtschaftsmittel sind sehr wirksame, notwendige u. darum gesetzlich zulässige Waffen. Die Verhinderung des feindlichen Handels ist, wenn möglich, ein sehr sicheres Mittel, den Sieg zu erlangen. Es ist also einfältig, zu glauben, daß in einem totalen Kriege zwischen großen Mächten, in dem die Existenz der Kriegführenden wie das Schicksal der ganzen Welt auf dem Spiele steht, die entscheidende Waffe, nämlich die Untersagung des Handels, nicht angewandt werden soll, um es neutralen Handelsleuten zu ermöglichen, ihre Gewinne einzustreichen.

Die Interessen stehen in keinem gleichen Verhältnis. Einerseits kämpfen die Kriegführenden für ihre Existenz u. für ein Weltideal, andererseits beanspruchen die neutralen Staaten das Recht, ihre Gewinne einzuheimsen, ohne irgendwelche Gefahr zu laufen. Es ist eine historische Tatsache, u. jedenfalls

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

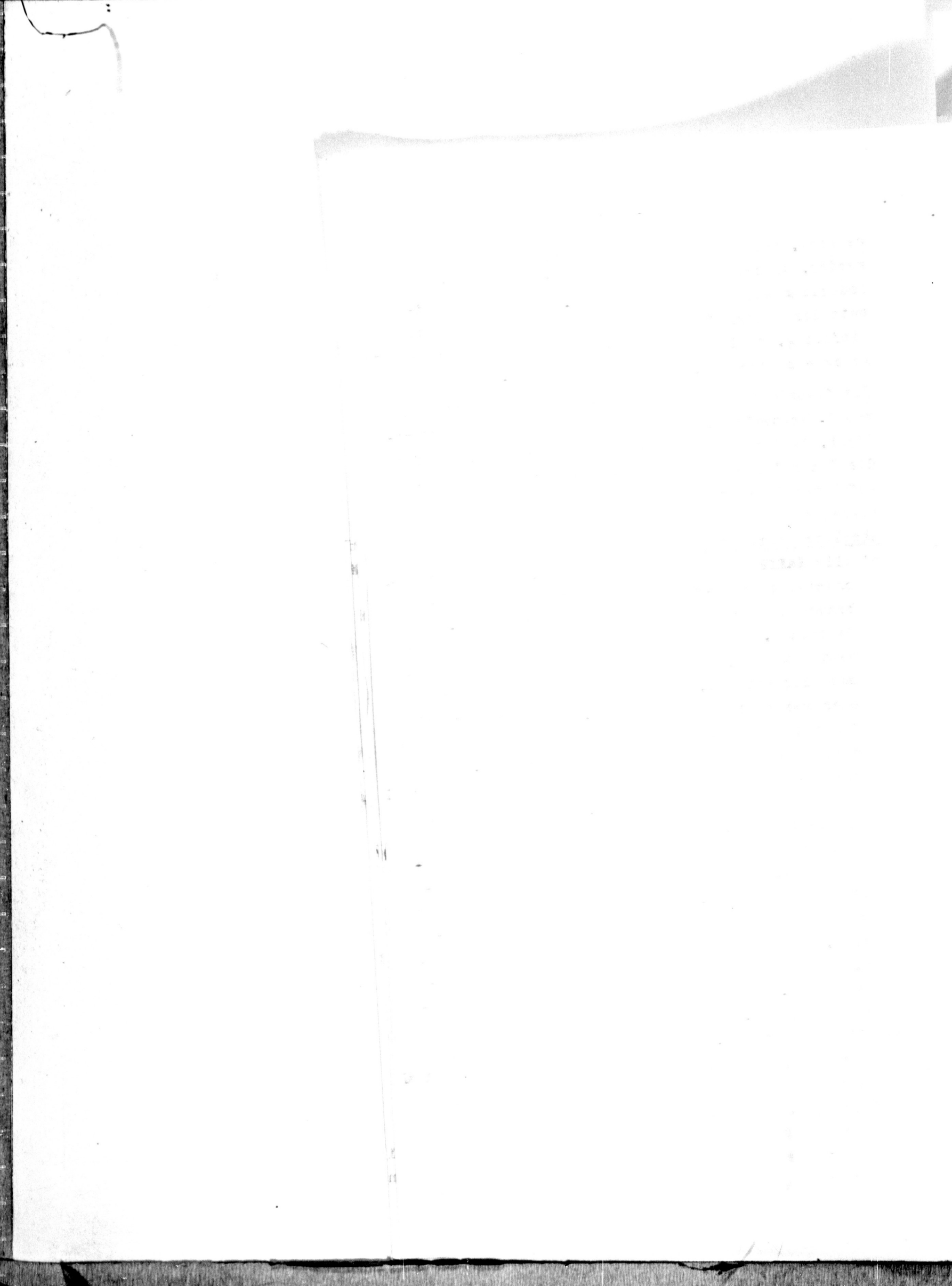
- 8 -

gerecht, daß juristische Grundsätze aufgestellt werden, um begründete Interessen von gleicher Bedeutung einander anzugleichen. Der Rechtsgrundsatz der Handelsfreiheit mit dem Feinde ist heute hinfällig, weil das Handelsverbot in einem Wirtschaftskrieg eine sichere, wirksame Waffe ist.

Die französische Regierung hat im Journal Officiel vom 4. September 1939 eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der sie den Beteiligten mitteilt, daß für die Dauer der Feindseligkeiten die folgenden aufgeführten Gegenstände als Konterbanden angesehen werden :

Absolute Konterbanden :

- a) Alle ~~Waffen~~ Arten Waffen, Munition, Explosivstoffe, chemische Produkte oder Apparate, die zum Gebrauch im chemischen Krieg geeignet sind u. Maschinen, die zu ihrer Fabrikation oder Reparatur bestimmt sind, wesentliche Teile solcher Maschinen oder Artikel, die zu ihrer Anwendung nötig oder geeignet sind, nötige u. geeignete Artikel für die Herstellung oder Verwendung der genannten chemischen Substanzen oder Ingredienzien.
- b) Brennstoffe aller Sorten; alle Apparate oder Mittel die einen Transport zu Lande, zu Wasser oder in der Luft von allen Maschinen gestatten, die zu ihrer Fabrikation oder Reparatur dienen; wesentliche Teile dieser Artikel; Instrumente, Gegenstände oder Tiere, die zu ihrer Verwendung nötig oder geeignet sind, Substanzen oder Ingredienzien, die zu ihrer Fabrikation gebraucht werden, alle zur Anwendung oder Anfertigung dieser Substanzen u. Ingredienzien notwendigen oder geeigneten Artikel.
- c) Alle Gegenstände, die der Vermittlung dienen, Werkzeuge, Geräte, Instrumente, ~~Ausrüstungsgegenstände~~ Ausrüstungsgegenstände, geographische Karten, Bilder, Papiere u. andere Artikel, Maschinen oder Zeichnungen, die zur Führung der feindlichen Operationen nötig oder geeignet sind, für deren Anfertigung oder Anwendung nötige oder geeignete



Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 10 -

jeder Kriegsführende genötigt, die verdächtigen Schiffe zur Ueberholung in Häfen einzubringen.

4) Endlich würde man keine Handelsschiffe unter dem Vorgeben befreien können, daß sie Eigentum des Staates seien.

Die Beschlagnahme aller Gegenstände, die vom Gegner zu Kriegskonterbanden erklärt worden sind, verhindert die Neuverproviantierung eines der Kriegsführenden. Wenn diese Beschlagnahme den Völkerrechtsregeln widerspricht, würde der geschädigte Staat zu Recht seine Zuflucht zu militärischen Vergeltungsmaßnahmen nehmen können.

Die Einsprüche, die während des letzten Krieges erhoben worden sind - u. von neuem aufzutauchen scheinen - zielen in der Hauptsache auf die Einreihung der Lebensmittel unter die Gegenstände der Kriegskonterbanden u. die Organisation der Blockade.

Im Jahre 1914 standen die Nahrungsmittel auf den Kriegskonterbandenlisten der Alliierten, zumal auf den von Rußland veröffentlichten. Deutschland erklärte diese Maßnahme als eine dem Völkerrecht widersprechende.

Nicht einmal das Völkerrecht stellt irgendeine "Regel" auf, nach der die Nahrungsmittel nicht als Kriegskonterbanden erklärt werden dürften, es entwickelt sich geradezu im entgegengesetzten Sinne. Die einzige internationale Konferenz, auf der sich ein Einverständnis, wie es schien, habe verwirklichen lassen, die Konferenz von London im Jahre 1909, klassifiziert Nahrungsmittel ausdrücklich unter Nr. 1 der Liste für Gegenstände bedingter Konterbanden.

Die Londoner Deklaration, obwohl sie von allen Vertretern der Großmächte unterzeichnet wurde, ist nicht ratifiziert worden, ihre Vorschriften bilden keine "Regeln" des Völkerrechts. Ihr Wortlaut gilt als Dokument für internationale Gebräuche, das noch nicht Gesetzeskraft erlangt hat. Die Einreihung der Lebensmittel unter die Gegenstände der Kriegskonterbanden steht also nicht allein konträr zu den "Regeln"

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 11 -

des internationalen Rechtes, sondern stellt eine moderne Gebrauchsanwendung dar.

Die deutsche Auslegung vom Jahre 1914 gibt ein neues Beispiel für den schon erwähnten häufigen Wechsel über den Begriff des Rechtes wie der Moral. Selbst auf diesem Gebiete aber würde die Auslegung im übrigen stark anfechtbar sein. Es gibt keinen vernünftigen Grund, das Verhalten eines Kriegführenden, der die Entscheidung durch eine stufenweise Schwächung der Widerstandskraft des feindlichen Landes herbeizuführen sucht, andere einzuschätzen, als das Verhalten desjenigen, der sie durch rohe militärische Kämpfe zu erzielen strebt.

Wie es auch sei; bei dem gegenwärtigen Stand des internationalen Rechtes muß man zu dem Schluß kommen, daß das Vorgehen eines Kriegführenden, die Einfuhr von Lebensmitteln in ein feindliches Land zu verhindern, kein Vergehen gegen das Völkerrecht darstellt. Dieses Vorgehen kann keine gegen das Völkerrecht unter dem Vorwande der Wiedervergeltung ergriffenen militärischen Maßnahmen rechtfertigen. Diese Verlautbarung eines neutralen Schriftstellers scheint die Streitfrage zu entscheiden.

III. Die Beschlagnahme der Ausfuhr. Unter der Bezeichnung "General-Blockade" hat diese zum Ziel, durch Beschlagnahme der deutschen Exporte das Reich seiner zum Einkauf im Ausland nötigen Devisen zu berauben. Bisher hatte das Wort Blockade nur den Sinn, allein die Einfuhr des Feindes zu treffen u. die Einfuhrwaren neutraler Staaten nur anzuhalten, wenn sie verdächtig erschienen, für den Feind bestimmt zu sein. Jetzt haben die französische Verordnung vom 27.11.39. (Journal Officiel vom 28.11.39) u. der britische Ratserlaß vom gleichen Tage die Beschlagnahme von auf dem Meere angetroffenen Waren deutschen Ursprungs, deutscher Herkunft oder deutschen Eigentums verfügt. Der Ratserlaß vom 27.11.39. findet Anwendung auf alle Waren, die an deutschen Rohstoffen oder Fabrikationswerten mehr als 25 % des Gesamtwertes enthalten. Der Wortlaut an sich billigt den neutralen

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 12 -

Firmen, die in gewisser Weise von der Belieferung deutscher Rohstoffe abhängig sind, Vergünstigungen zu .

Juristisch gibt die Art u. Weise, in der die Regierung des Reiches den Seekrieg geführt hat, den Alliierten das Recht, seine Zuflucht zu Vergeltungsmaßnahmen zu nehmen u. jede See-Ausfuhr deutscher Waren zu verhindern. Die Handlungen, die Deutschland sich zu Schulden kommen ließ, können nach zwei Gesichtspunkten gekennzeichnet werden : Bruch des Protokolls von 1938 über den U-Bootkrieg; Minenlegung ohne deren Bekanntgabe u. Uebertretung der Vorschriften der Konvention VIII vom Haag vom Jahre 1907. Die Zerstörung von Schiffen ist ohne Rücksicht auf ihre Nationalität oder ihre Bestimmung geschehen, ungeachtet der Natur, der Eigentümlichkeit oder der Bestimmung der Ladungen.

Kann man behaupten, daß diese Maßnahmen der Pariser Deklaration vom 16. April 1936 zuwiderlaufen, die bestimmt, daß die Flagge die Ware deckt, mit Ausnahme von Kriegskonterbanden, was bedeutet, daß die feindliche Ware, die unter neutraler Flagge fährt, nicht beschlagnahmefähig ist ?

Es muß erwähnt werden, daß die Beschlagnahmeverfügung der feindlichen Ausfuhr nur die Wiederholung der im Jahre 1915 von den Alliierten getroffenen Maßnahmen darstellt.

Nach den zur Zeit gültigen Bestimmungen werden die beschlagnahmten Waren nicht bloß einfach konfisziert. Sie werden der Prisenbehörde überantwortet u. von dieser verwaltet. Wenn sie auf Entscheidung des Ausschusses für Konterbanden u. feindliche Ausfuhr requiriert oder verkauft werden dürfen, wird das Ergebnis dieser Requisitionen oder Verkäufe auf ein bei der Depositenkasse eröffnetes Spezialkonto überwiesen. Nach Friedensschluß wird der Prisen-gerichtshof nach Billigkeit unter Berücksichtigung aller Umstände, über die Verwendung bestimmen, welche die beschlagnahmten Waren oder, falls verkauft, der

Konrad H o s e .
6. 4. 40.

- 13 -

der Erlös der Requisition oder des Verkaufes finden soll. Der Blockademinister kann, nach dem Gutachten des Konterbandenausschusses, die Freigabe einer beschlagnahmten Ware oder die Bezahlung ihres Wertes seinerseits verfügen. Es wird dies besonders in dem Falle geschehen, wenn nachgewiesen ist, daß die Ware vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Gesetzesverfügung im Journal Officiel neutrales Eigentum geworden ist.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 115

Gespräch über die Blockade in Amerika.

Brüssel, 2. März. Der Vorsitzende des französischen Ministerausschusses für Blockadefragen, Professor Charles Rist, und sein englischer Amtsgenosse sind von der französischen und englischen Regierung in einer besonderen Mission nach den Vereinigten Staaten entsandt worden. Sie sollen, wie es in einer Mitteilung der „Havas“-Agentur heißt, amerikanischen Stellen Auskunft über die Blockade geben. Sie sollen die beschlossenen Maßnahmen erklären und sich gleichzeitig bei den Amerikanern nach ihren Wünschen erkundigen und ihre Vorschläge entgegennehmen. Der gedrängte Wortlaut der als halbamtlich anzusehenden französischen Auslassung läßt nur Vermutungen über den eigentlichen Zweck der Reise zu. Es ist möglich, daß sich die Amerikaner gegen die englisch-französischen Blockademaßnahmen zur Wehr setzen möchten, weil sie den amerikanischen Handel schädigen. Es läßt sich aber auch vermuten, daß eine Verschärfung der Blockade gerade gegenüber den Neutralen geplant ist und daß die beiden Sachverständigen bei den Amerikanern um „Verständnis“ für solche neuen Uebergriffe gegen den neutralen Handel werben sollen. Wenn diese Vermutung richtig ist, würde der letzte Satz der „Havas“-Meldung, in der von der Erkundigung nach den Wünschen der Amerikaner die Rede ist, darauf hindeuten, daß England und Frankreich die Ansichten der Amerikaner genauer kennenlernen möchten, bevor sie zu einer neuen Verschärfung der Blockade gegen den neutralen Handel schreiten. Wie erinnerlich, hat Mitte Februar ein Beamter des französischen Außenministeriums vor neutralen Pressevertretern auf die starke Steigerung der amerikanischen Ausfuhr nach neutralen, besonders skandinavischen Ländern hingewiesen und diese Ausfuhrsteigerung mit der Versorgung Deutschlands mit amerikanischen Waren über diese Länder erklärt.

H. Green
8. 3. 40

Verschärfung des Wirtschaftskrieges.

" Nieuwe Rotterdamsche Courant " , Rotterdam , Nr. 111 ,
6. 3. 40 (Leitartikel) .

Zwar sind die Alliierten in den neutralen Ländern ständig darauf aus, den Handel mit Dtl'd zu hintertreiben durch Anbieten von vorteilhafteren Transaktionen, aber es verbleiben immer noch Waren, welche die Neutralen nicht von den Alliierten beziehen können, sondern lediglich von Dtl'd, wie auch wiederum Waren vorhanden sind, die sie nicht an die Alliierten liefern können, sei es dass sie dieseiben nicht zu erhalten wünschen, oder dass die Transport-schwierigkeiten zu gross sind.

Im vorigen Krieg hat man die Neutralen einfach rationiert und selbst den Bezug aus den eigenen Kolonien auf ein Minimum beschränkt. Aus der Entsendung von Gwatkin und Rist kann man schliessen, dass die Alliierten jetzt einen anderen Weg ausprobieren wollen und zwar den hauptsächlichsten neutralen Lieferanten derjenigen Ländern, die an Dtl'd grenzen, zu bewegen seine Ausfuhr freiwillig einzuschränken. Man scheint dabei nicht nur die amerikanischen Lieferungen nach Europa, sondern auch diejenigen an Russland via Sibirien im Auge zu haben, da man die Wahrnehmung gemacht haben will, dass in letzter Zeit bedeutende Quantitäten Flugzeugbenzin nach Wladiwostock ausgeführt wurden.

Ob inzwischen Gwatkin und Rist in den Verein. Staaten wenn dies ihre Aufgabe ist, Erfolg haben werden, bleibt dahingestellt und falls dies nicht der Fall sein sollte, steht zu befürchten, dass der Druck der Alliierten auf die Neutralen noch schärfer werden wird und sich noch weiter von den Gesetzen des Völkerrechts entfernt, welche nach neutraler Auffassung die einzige Lichtschnur bilden.-

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 165

Strategie der Verlegenheit.

Die neuen völkerrechtswidrigen Blockadepläne der Westmächte.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

B-r Amsterdam, 31. März. Es wird deutlicher, daß die Verschärfung der Kriegsführung, die der Oberste Kriegsrat der Westmächte unter dem Druck der öffentlichen Meinung beider Länder beschlossen hat, im wesentlichen in einem Rückzug auf das ursprüngliche Mittel der Kriegsführung gegen Deutschland, die Blockade, besteht. Die entsprechenden Anweisungen sollen bereits gegeben sein. Hierbei freilich ist man nun entschlossen, auch die letzten Zwirnsfäden der Rücksicht auf internationales Recht und auf die Neutralen zu zerreißen. Daß es sich dabei um einen Akt der Verlegenheit, fast der Ausweglosigkeit handelt, wird, nachdem schon Churchills Rundfunkrede vorangegangen ist, aus den Londoner Sonntagsblättern besonders klar. Der deutsche Handel mit Skandinavien, wenigstens die Verschiffung schwedischer Erze über norwegische Häfen, steht zur Zeit im Vordergrund des Interesses (die gerade im Sommer bestehende Möglichkeit, die für England unerreichbare Ostsee zu benutzen, wird dabei im Augenblick nicht erwähnt). Man zeigt sich entschlossen, diesen Verkehr auch durch erneute und konsequente Verletzung der norwegischen Hoheitsgewässer zu unterbinden. Trotz den bis in die jüngste Zeit wiederholten Erklärungen der norwegischen Regierung, daß Deutschland sich einer Verletzung der norwegischen Hoheitsrechte nicht schuldig gemacht habe, wird an dieser Behauptung zur Rechtfertigung des erwarteten britischen Vorgehens festgehalten. Doch tritt daneben auch das Zugeständnis auf, daß man eben einfach keinen anderen Ausweg aus der heutigen Lage weiß.

Bewußt gegen das Völkerrecht.

Der Diplomatische Korrespondent der „Sunday Times“ gibt offenbar die Ansicht maßgebender britischer Stellen wieder, wenn er schreibt: „Deutschlands flagranter Verletzungen des internationalen Rechts sind so zahlreich und, was das Leben der Neutralen angeht, so unbarbarisch, daß die Alliierten mit gutem Grund außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen können, selbst wenn das gelegentlich eine leichte Abweichung von streng gesetzmäßigem Vorgehen bedeuten sollte. Es wäre indessen falsch, anzunehmen, daß die Alliierten nicht dem Gesamtgebiet (main fabric) des internationalen Rechts völlig treu blieben. In neutralen Kreisen wird behauptet, daß die Alliierten Gefahr laufen werden, einen Teil der moralischen Kraft, auf die ihre Sache gegründet ist, zu opfern. Zur Antwort darauf wird gefragt, was von moralischen Werten in Europa übrig bleibe, wenn die Alliierten den Krieg verlieren?“ Nach der zugleich gewundenen und zynischen Unterscheidung zwischen „kleinen Abweichungen“ und dem „Gesamtgebiet“ des Rechts — wie es ein teilbares Recht und eine teilbare Moral gäbe — suchen die letzten Sätze dieses Zitats nicht mehr zu verbergen, daß der Kriegsrat der Westmächte zu dem Schluß gekommen ist: ohne Rechtsverletzung verlieren wir den Krieg. So sehen sie sich zu dem Versuch getrieben, ob sie ihn mit Rechtsverletzungen gewinnen könnten. Dieses Experiment wird auf Kosten der Neutralen gehen. „Sunday Express“ versichert ihnen, daß sie „so wenig Unbequemlichkeiten wie möglich erleiden“ sollen, — eine substanzlose Lebensart. Konkreter ist, daß auch dieses Blatt bestätigt, die Westmächte würden „jeden möglichen Schritt“ tun, um die Zufuhren nach Deutschland ganz zu stoppen.

„Rationierung der neutralen Importe“

Daß die Westmächte jetzt auch den Handel Rußlands auf dem Stillen Ozean zu behindern gedenken, weil sie fürchten, daß Deutschland auf diesem Umwege die eine oder andere Zufuhr erhalten könnte, ist durch die Festhaltung zweier russischer Schiffe bereits bewiesen worden. Auch dies gehört zu dem verschärften Blockadeprogramm des Kriegsrates. Sehr viel schwieriger ist natürlich in der Praxis der Versuch, auch die rumänischen und insbesondere die russischen Ölleieferungen an Deutschland (diese soweit sie über das Schwarze Meer und die Donau gehen) zu kontrollieren. Hier kommt man doch wieder in die Nähe militärischer Kriegsausweitungspläne, was aber heute nicht ausgesprochen wird. Dagegen verspricht man sich offenbar Wirkungen von einem neuen Angriff auf die Wiederausfuhr der an Deutschland grenzenden Neutralen ins Reich. Ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen für das Leben dieser Länder soll ihre Einfuhr im Reichen der „Freiheit der Meere“ auch auf diesem Gebiete des Verkehrsverkehres drastisch eingeschränkt werden. Darüber gibt „Sunday Express“ Auskunft: „Eine abgeänderte Form der Rationierung ihrer Importe wird Ländern auferlegt werden, die

gestatten, daß sie zu diesem Durchgangsverkehr benutzt werden. Es ist vorgeschlagen, jedem dieser Länder eine vernünftige Zufuhr auf Friedensgrundlage zu gestatten. Ladungen, welche die zugelassenen Mengen überschreiten, sollen festgehalten und auf Klagen vor dem Prisenhof als Kriegskonterbande erklärt werden.“ Wenn daraufhin in den neutralen Ländern ebenso wie infolge der Exportblockade Arbeitslosigkeit entsteht, so gehört das eben zu den „Unbequemlichkeiten“, mit denen die Neutralen ungefragt ihren Beitrag für den Krieg der Westmächte leisten sollen.

Immer wieder die alten Methoden.

Was verspricht man sich nun von einem Erfolg dieser verschärften Blockadepolitik? Bemerkenswerterweise nicht eine allmähliche Erschöpfung Deutschlands und damit die Vorbereitung des militärischen Angriffs der Westmächte, sondern — vielleicht ist dies das eigentlich neue Kennzeichen dieses Versuches — die Provozierung einer deutschen Offensive, in der das Reich seine Kampfkraft verbrennen soll. Deutschland soll „in den Kampf hineingehungert“ werden, drückt sich „Sunday Express“ geradezu aus. „Sunday Times“ vergleicht Deutschland mit „einem im Urwald eingekreisten wilden Tiere“, das, durch Hunger, Lärm und Feuer überreizt und in die Waffen der Jäger hineingetrieben werden soll. Die Verlegenheit um die eigene Initiative soll also gelöst werden, indem man Deutschland die Form der Initiative aufzwingt. „Sunday Times“ spricht diese Hoffnung ausführlicher aus: „In letzter Zeit haben die Deutschen viel Propaganda in dem Sinne gemacht, sie könnten dank den russischen Lieferungen einen langen ereignislosen Krieg besser aushalten als die demokratischen Alliierten. Das ist nicht so, und die Nazisführer wissen es. Sie müssen den Ring, der um sie liegt, zerbrechen oder unterliegen. Es ist undenkbar, daß sie diesen Sommer ohne eine militärische Anstrengung ihrem hartgeprüften Volke einen ähnlichen Winter wie den letzten zu ersparen, vorübergehen lassen sollten.“ Was unumwundelt für die Westmächte ist, wird hier also für undenkbar erklärt. „Sunday Times“ geht soweit, eine Revolution in Deutschland zu erwarten, und beweist damit noch stärker, daß die sogenannte verschärfte Kriegsführung nichts anderes ist als ein Rückgriff auf eine alte, schon einmal gescheiterte Methode. Aber man zeigt sich jetzt immer dringender an einem kurzen Krieg interessiert, nachdem man solange behauptet hatte, die Zeit arbeite für die Westmächte. Wie man vor einigen Monaten mit der These arbeitete, Deutschland habe nur in einem „Mikrokrieg“ eine Chance, so möchte man die Welt jetzt glauben machen, Deutschland, dessen bisherige Erfolge nicht geleugnet werden können, habe in Zukunft keine Wahl in seiner Initiative, sondern müsse die den Westmächten genehme Form wählen. So kann man auch vor dem eigenen Volk den Verzicht auf große eigene Aktionen wieder für eine Weile begründen. England kündigt eine „entscheidende Kriegssphase“ an; aber der Weg dahin ist, wie der Weg in den Krieg selbst, mit Illusionen gepflastert.

Nieuwe Rotterdamsche Courant

Nr. 162

Monnet en de blokkade

Havas meldt uit Londen:

Na een onderhoud met zijn Britschen collega, Cross, heeft de Fransche minister voor de blokkade, Monnet, de pers ontvangen. Hij zeide, dat hij zonder tijd te verliezen een onderhoud had willen hebben met Cross, aangezien de nieuwe Fransche regeering de blokkade-maatregelen meer doeltreffend wil maken, niet jegens de neutralen, doch jegens Duitschland. Het is nooit de bedoeling van de Fransche regeering geweest, maatregelen te nemen, welke de wettige belangen van de neutralen zouden kunnen schaden, doch de geallieerden zijn van meening, dat zij alle maatregelen mogen nemen, welke de militaire capaciteit van Duitschland kunnen aantasten.

Na te hebben gesproken over de redenen, welke de geallieerden genoopt hebben de wapens op te nemen, zeide Monnet, dat hij duidelijk wil doen uitkomen, dat de maatregelen niet bedoeld zijn om de rechten van de vrije volken te fnuiken.

Doch niemand moet er aan twijfelen, dat de geallieerden zoo snel mogelijk en op de minst moordende wijze de overwinning zoeken. Niemand heeft het recht de oogen te sluiten voor de ontwikkeling van het karakter van den oorlog door den loop der eeuwen. Honderd jaar geleden was de oorlog nog een treffen tusschen de legers en wanneer een land niet betrokken was in een slag, dan kon het zich neutraal verklaren. Op het oogenblik hebben de landen in een oorlog niet alleen hun legers, doch al hun kracht noodig en derhalve bestaat neutraliteit in het niet geven van oeconomischen steun aan de oorlogvoerenden. Daarom hebben de geallieerden het recht een blokkade uit te oefenen welke den vijand kan beletten zich bij de neutralen te voorzien van de goederen, welke hij noodig heeft.

In dezen geest hebben Monnet en Cross de resultaten van de reeds genomen en de nog te nemen maatregelen bestudeerd, opdat de geallieerden in staat zullen zijn beslissende slagen toe te brengen. Monnet verwacht groote resultaten van deze maatregelen.

In antwoord op vragen van de journalisten zeide Monnet, dat door de blokkade het oorlogs-potentieel van Duitschland is verminderd, vooral wat betreft de voorziening van benzine, erts, rubber, textielwaren, metalen, leer en huiden. De ijzerindustrie in Duitschland ondervindt reeds moeilijkheden en thans is het zaak de lekken in de blokkade te stoppen.

Naar vernomen wordt, zal Monnet vandaag in zijn bespreking met Cross voorstellen op de neutrale markten te koopen, teneinde op deze wijze Duitschland te beletten zich van materieel te voorzien.

Nieuwe Rotterdamsche Courant

nr. 162

De oeconomische oorlog

Monnet, de Fransche minister van blokkade, heeft te Londen besprekingen gevoerd met Cross, zijn Engelschen collega voor den oeconomischen oorlog. De opperste raad der geallieerden heeft besloten den oorlog met meer kracht te voeren en met name, gelijk Chamberlain het heeft uitgedrukt, geleidelijk de lekken en gaten in wat men de blokkade van Duitschland noemt, te stoppen.

Dit besluit is genomen, nadat in beide landen een tamelijk ernstige ontevredenheid over het voeren van den oorlog aan het licht was gekomen en de betrokken regeeringen, die hun volken beloofd hebben, dat zij de zaak krachtiger zullen aanpakken, moeten nu daden toonen. Zij plaatsen daarbij de betrokken ministers niet voor een gemakkelijke taak. In den vorigen oorlog was het aantal neutralen gering en toen Amerika eenmaal de zijde gekozen had der geallieerden bestond het slechts uit kleine, betrekkelijk zwakke staten, wier handel voor zoover de aanvoeren over zee betrof, gemakkelijk door de geallieerden viel te controleren.

Wij hebben er al meer op gewezen, dat de positie thans geheel anders is, dat niet alleen de Ver. Staten, maar ook andere groote en machtige rijken buiten den oorlog zijn gebleven en dat vele dezer niet alleen hun normalen handel met Duitschland willen voortzetten, doch ook wel tot uitbreiding en indirecten steun aan Duitschland bereid zijn. Als wij het verslag mogen gelooven, dat Havas heeft gegeven van de mededeelingen, door Monnet te Londen aan de journalisten verstrekt, zou de Fransche minister gewezen hebben op de groote beteekenis van den oeconomischen kant van den modernen oorlog, in tegenstelling met vroeger, toen de oorlog vrijwel uitsluitend een militaire kwestie was. Hij zou daaruit de conclusie hebben getrokken, dat de neutraliteit van thans moet bestaan in het niet geven van oeconomischen steun aan de oorlogvoerenden, en leidt daaruit het recht af van de geallieerden, om een blokkade uit te oefenen, welke den vijand zal beletten zich bij de neutralen te voorzien van de goederen, welke hij noodig heeft.

Dit is een uiterst gevaarlijke en met alle neutraliteitsbeginselen spottende opvatting, waartegen onmiddellijk protest moet worden aangeteekend. De neutraliteit verbiedt stellig het verleenen van steun ten behoeve van de krijgsoperaties der oorlogvoerenden, doch hierbij moet gedacht worden aan directen steun en niet aan den indirecten steun, welke verleend wordt door de normale voortzetting van den handel. Uit het bestaan van de contrabande-bepalingen blijkt reeds, dat zelfs de leveranties van rechtstreeksche oorlogsmiddelen niet in strijd behoeven te zijn met de neutraliteit, terwijl de erkenning van een lijst van vrije goederen duidelijk het beginsel openbaart, dat leveringen buiten de contrabande vallende niet belemmerd mogen worden.

Het is ongetwijfeld waar, wat de Fransche minister zeide, dat tegenwoordig een land, dat oorlog voert, al zijn kracht op elk gebied noodig heeft en dat dus elke leverantie, van welk artikel en hoe gering ook, zijn oorlogskracht versterkt. Dit heeft dan ook geleid tot een zeer aanzienlijke uitbreiding van de lijsten van onvoorwaardelijke en voorwaarde-

lijke contrabande der oorlogvoerenden.

Het feit echter, dat nagenoeg alle goederen door één of meer of alle oorlogvoerenden tot contrabande zijn verklaard, beteekent nog niet, dat leverantie van die goederen aan een der oorlogvoerenden in strijd zou zijn met de neutraliteit. Het beginsel van den heer Monnet zou neerkomen op een staking van alle leveranties aan oorlogvoerenden, en de neutraliteit zou bij erkenning van dit beginsel meebrengen, dat die leveranties aan elken oorlogvoerende, dus in dit geval niet alleen aan Duitschland maar ook aan de geallieerden, zouden worden onthouden.

De juiste opvatting hiertegenover is, dat de handel met de oorlogvoerenden met inachtneming van de normale verhoudingen mag worden voortgezet, al behouden deze natuurlijk het recht van onderzoek naar contrabande.

Wat Monnet schijnt te bepleiten, zou juist een opgeven zijn van de neutraliteit. Ook hebben de geallieerden niet het recht een „blokkade” uit te oefenen, welke hun vijand kan beletten zich bij de neutralen te voorzien van de goederen, welke hij noodig heeft, tenzij zij zulks zouden kunnen bereiken door een waarachtige, rechtstreeksche blokkade van het land, waarmee zij in oorlog zijn; en zelfs in dat geval zou de levering door de neutralen aan den geblokkeerde geoorloofd blijven. Wat zij echter beoogen is een controle op de leveranties van de neutralen aan Duitschland door het verbinden van voorwaarden aan den invoer in de neutrale landen zelf, een methode, waaraan zij ten onrechte den naam blokkade verbinden. Als deze opvattingen van Monnet in de praktijk gebracht worden, kunnen zij tot ernstige botsingen met de neutralen leiden.

Den laatsten tijd is er veel gesproken over het ertsvervoer uit Zweden via Noorwegen naar Duitschland, maar als men van „lekken” in de „blokkade” spreekt, moet men ook bedenken, dat de Zwarte Zee, Triest en de haven van Wladiwostok tot deze lekken gerekend moeten worden. Als men op grond van deze theorieën van Monnet die lekken zou willen gaan stoppen, — en als men dat niet doet, doet men in zijn gedachtengang minder dan half werk — riskeert men de grootste moeilijkheden met Rusland, Italië, Japan en misschien zelfs de Vereenigde Staten. Men brengt dan weer het netelige onderwerp van de doorvaart voor oorlogsbodems door de Dardanellen ter sprake, trapt het lichtgeraakte Italië op de teenen en verwekt een storm van verontwaardiging in Japan, dat door het geval van de Asama Maru en van het opbrengen van de twee Russische schepen naar Hongkong reeds verontrust is en volgens de Kokoemin Sjimboen zijn ambassadeur te Londen al opdracht heeft gegeven met de Britsche regeering te onderhandelen over „de bescherming van den neutralen handel”, waaronder dan in dit geval speciaal de handel tusschen Japan, Mantsjoekwo en Duitschland wordt verstaan.

Het is gemakkelijk met woorden op grond van veranderde omstandigheden bestaande rechtsregelen of algemeen erkende opvattingen overboord te werpen. Men dient echter vooraf wel de consequenties te overwegen en na te gaan, of men de beginselen, welke men stelt in plaats van de verworpenen, kan handhaven. Kan men zulks niet, dan snijdt men zich in de vingers en loopt men gevaar, te gaan meten met twee maten, waardoor men zijn gezag en aanzien schaadt en zeker niet de ontwikkeling bevoordert van het nieuwe recht, dat men zegt voor te staan.

Signatur.....

Datum 8. Apr. 1940

The Times (London)
Nr. 48 584

**ALLIES' ECONOMIC
WARFARE**

FROM OUR DIPLOMATIC CORRESPONDENT

The French Minister of Blockade, M. Georges Monnet, completed his brief visit to London on Saturday when he met Mr. Ronald Cross, Minister of Economic Warfare, in the morning. He left for Paris by air later in the day.

A *communiqué* issued by the Ministry of Economic Warfare announced that the two Ministers had "reviewed all the more important outstanding questions affecting the work of their two Ministries. The discussions showed complete agreement and the common determination of the two Governments to develop Allied cooperation in all spheres of economic warfare."